

Solidaritätshungerstreik und Demonstration in Bern.

Gegen die Unterdrückung politischer Gefangener in türkischen Gefängnissen

Eine Hungerstreikaktion in der Türkei von gegen 1000 politischen Gefangenen hat in Bern - wie anderswo in Europa - zu einem Solidaritätshungerstreik geführt, der unter türkischen und kurdischen Exilorganisationen breit abgestützt ist.

Mit einem vor zehn Tagen (28. Juli) in Bern begonnenen Hungerstreik unterstützen gut zwei Dutzend Leute türkischer Nationalität ihre gegen 1000 Kollegen, die als politische Gefangene in der Türkei derzeit im Hungerstreik sind, um gegen die unverändert repressiven Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen anzukämpfen. Der Solidaritätshungerstreik in der Schweiz ist unter den türkischen und kurdischen Exilorganisationen breit abgestützt. Er wird getragen vom „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ (Postfach 11, 4008 Basel).

Am Montag besetzte das Hungerstreikkomitee vorübergehend das Zentralsekretariat des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) in Bern. Das SRK wurde aufgefordert, „mit einer Delegation die Bedingungen in den türkischen Gefängnissen an Ort und Stelle zu beobachten“ und Einfluss auf die türkische Regierung zu nehmen, damit diese die Forderungen der Gefangenen erfüllt. Das SRK habe den Forderungen der Besetzer stattgegeben, um eine polizeiliche Räumung zu vermeiden.

Einige der Hungerstreikenden in der Schweiz kennen die Haftbedingungen in der Türkei aus eigener Erfahrung. Die Unterstützung durch Schweizer Organisationen ist erst im Anlaufen begriffen (bis zum 3.8.: BODS, einzelne Asylkomitees).

Solidaritätshungerstreiks gibt es derzeit auch in anderen europäischen Staaten (Frankreich, BRD, Niederlande, Belgien). Sie haben teilweise grössere Resonanz gefunden, so in der BRD, wo sich sowohl die SPD als auch die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) nach dem Beginn der Hungerstreikaktion in Köln vom 25. Juli mit Schreiben an den türkischen Ministerpräsident Turgut Özal gewandt oder an die Bundesregierung und insbesondere an Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher appelliert haben, sich für eine Generalamnestie und für eine Verbesserung der Lage der politischen Gefangenen in der Türkei einzusetzen. (Die GEW kann sich dabei auf die Berichte eigener Untersuchungsdelegationen stützen, welche sie wiederholt zur Prozessbeobachtung in die Türkei entsandt hat.)

Die Hungerstreikaktionen in der Türkei.

Über die breite Hungerstreikaktion in der Türkei selbst berichtet die türkische Presse derzeit fast täglich. Die Aktion hat am 9. Juli im Istanbuler Gefängnis Sagmalcilar begonnen, wo 24 politische Gefangene in einen Hungerstreik getreten sind. Ihnen haben sich am 13. Juli 362 (eine andere Quelle spricht von 251) politische Gefangene im Hochsicherheitsgefängnis von Malatya angeschlossen, 400 weitere Gefangene führten im Gefängnis von Metris vom 21. Bis 24. Juli einen Solidaritätshungerstreik durch. In den folgenden Tagen sind laut türkischen Zeitungsberichten die politischen Gefangenen in den Gefängnissen von Diyarbakir (rund 200 Personen), Gaziantep, Canakale, Eskisehir, Bursa und Bartin hinzugekommen. Nach Schätzungen sind zurzeit gegen 1000 politische Gefangene in türkischen Gefängnissen im Hungerstreik, um die von Sagmalcilar-Gefangenen aufgestellten acht Forderungen (vgl. unten) zu unterstützen. 20 der Hungernden mussten bisher ins Spital gebracht werden, 6 davon sollen sich „in besorgniserregendem Zustand“ befinden. Seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 sind nach Angaben des BRD-„Vereins für Menschenrechte in der Türkei“ elf Gefangene an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben.

Der Kampf der politischen Gefangenen.

Die politischen Gefangenen von Sagmalcilar, von denen die Aktion ausgeht, haben den Kampf gegen das System der Repression in türkischen Gefängnissen in einem mehrseitigen Schreiben erläutert. Sie greifen dabei nicht nur die rein repressiven Massnahmen der Gefängnisleitungen wie Folter und Isolationshaft an, sondern speziell auch zwei stigmatisierende Massnahmen: den (seit 1983 landesweit bestehenden) Zwang zur Einheitskleidung („Angriffswaffe auf die Identität der Gefangenen“) und die (einzig in Sagmalcilar übliche) Ankettung an langen Transportketten („wie mittelalterliche Sklaven werden die Gefangenen in Ketten ins Gericht und ins Krankenhaus gebracht“). Eingaben an die Gefängnisleitung, den Sicherheitskommandanten und ans Justizministerium waren zuvor abgelehnt worden. „Wir erklären“, so schreiben die Hungerstreikenden von Sagmalcilar, „dass wir die Einheitskleidung ab jetzt nicht mehr tragen“ und „dass wir uns ab jetzt nicht mehr anketten lassen werden“.

Die acht Forderungen

Die acht Forderungen der Hungerstreikenden in der Türkei und in Europa an den türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal, auf die Aussenminister Pierre Aubert im Namen der Schweiz ebenfalls aufmerksam machen soll, lauten:

1. Keine weitere Unterdrückung und Folter in türkischen Gefängnissen,
2. Änderung des repressiven Gefängnisgesetzes,
3. Keine Isolationshaft mehr,
4. Abschaffung der unifomierten Anstaltskleidung,
5. Zulassung zu Büchern und Zeitschriften,
6. Keine Ankettung mehr bei Vorführungen in Gericht und Spital,
7. Gewährung genügender ärztlicher und gesundheitlicher Versorgung,
8. Ausreichende und bessere Verpflegung.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen findet morgen Samstag, 8. August, in Bern eine Solidaritätsdemonstration statt. Treffpunkt: Bern, SBB-Ausgang Neuengasse, Zeit: 14.00 Uhr. Geplant ist eine Kundgebung und ein Demonstrationzug zur türkischen Botschaft. (Bevilligung noch nicht erteilt).

Beat Leuthardt.

WOZ, 1987-08-07.

WOZ > Hungerstreik. 1987-08-07.doc